

### Leserstimmen zum SN-Bürgerprogramm aus dem Internet

Die Forderung nach „billigeren Öffis“ ist ja nicht neu. Die Einnahmen aus dem Ticketverkauf decken maximal zwei Drittel der Kosten, den Rest trägt der Steuerzahler. Jede Verbilligung, egal unter welchem Titel, bedeutet, dass „das Regiment“ mehr zuschießen muss. Wenn man das politisch haben will, okay! Nur sollte man das klipp und klar sagen und nicht so tun, als ob das Geld vom Weihnachtsmann käme!

**Helmut Hintner**  
Salzburg

Schluss mit den „Legebatterie“-Wohnungen in Salzburg. Wie sollen junge Menschen mit Natur aufwachsen, wenn sie nur einen Ausschnitt des Himmels sehen!

**Wolfgang Saliger**  
Internet

Die Wirtschaftsstruktur des Landes ist zu sehr auf Dienstleistung und hier vor allem den Tourismus konzentriert. Salzburg braucht dringend Stärkung in Gewerbe und Industrie,

um besser für Krisen gewappnet zu sein. Hier bräuchte es speziell auch innergebirg Initiativen, die aber nur mit gezielter Förderung gelingen können. Andernfalls droht die Kluft zwischen Zentralraum und Innergebirg noch größer zu werden.

**Rudolf Pfeiffenberger**  
Internet

Ich will, dass die Politik wirklich für die Bürger da ist. Die, die bis jetzt regiert haben,

sollen ihren Rücktritt bekannt geben(ausnahmslos). Es sollen jüngere, unverbrauchte, unbescholtene Leute in die Politik. Was mich sehr stört, ist der Postenschacher. Es sollen hier wirklich befähigte, der Partei unabhängige Personen zum Zug kommen. Da aber auch mit klaren, bestimmten Regeln. Die, die jetzt in der Politik sind, sollen die Neuen auch in Ruhe arbeiten lassen.

**Robert Neureiter**  
Internet



# Was Salzburg jetzt braucht



PETER BEISTEINER

Die „Salzburger Nachrichten“ engagieren sich dankenswerterweise in der Thematisierung der Probleme und Aufgaben, die eine neue Landesregierung angehen muss. Um die berechtigten Wünsche zu realisieren, bedarf es:

- 1 einer fachlich kompetenten und integren politischen Elite,
- 2 einer flexiblen, fähigen und vor allem sparsamen Landesverwaltung,
- 3 der nötigen Finanzmittel.

Der Salzburger Finanzskandal offenbart ein totales Versagen der verantwortlichen Politiker und deren leitenden Beamten. Zur Verdeutlichung: 2003/2004 betrugen die Landesschulden 400 Millionen Euro, heute je nach Information sind es drei bis vier Milliarden! Davon entfallen 100 Millionen auf Spekulationsverluste und lukrative Gebühren der beteiligten Banken. Eine genaue Bezifferung kann aufgrund eines seit 40 Jahren verwendeten Rechnungswesens zeitnah nicht ermittelt werden und ist, wie man sieht, auch nicht im Sinne der Politik. Nach Aussagen unserer Landeshauptfrau und deren Stellvertreter soll dies bis 2016 geändert werden. Dies ist unfassbar! Es muss den Salzburgern klar sein, dass die bisher angehäuften Schulden und Spekulationsverluste von den Steuern aller Arbeiter, Angestellten und Unternehmer bezahlt werden müssen und somit für soziale, arbeitsmarktpolitische, kulturelle, wirtschaftliche, Infrastruktur- und Gesundheitsaufgaben fehlen. Um diese Aufgaben auch in Zukunft im Rahmen der derzeitigen Finanzsituation zu bewältigen, müssten sich alle wahlwerbenden Parteien zu folgenden Sanierungsmaßnahmen bekennen:

- 1 Sofortige Umstellung des Finanzwesens auf ein zeitgemäßes Rechnungswesen. Die gesetzlichen Gegebenheiten sind schon lang vorhanden. Nur dies gibt die Möglichkeit zu Transparenz und nachhaltigen finanziellen Entscheidungen.
- 2 Änderung der Geschäftsordnung der Salzburger Landesregierung, die eine ressortübergreifende Mitwirkung und damit Kontrolle an den Agenden des Finanzressorts bisher verhindert hat.
- 3 Änderung des Dienstrechts der Landesbeamten. Es darf nicht mehr vorkommen, dass bestbezahlte Spitzenbeamte bei völligem Versagen volle Bezüge, einen unkündbaren Arbeitsplatz



Salzburg steht vor entscheidenden politischen Weichenstellungen.

Bild: SN/ROBERT RATZER

und nachfolgender Höchstpension behalten können.

4 Keine neuen Schulden ab 2014 sowie sofortige Sanierungsschritte des Landeshaushalts zur Sicherung der Kernaufgaben der Landespolitik.

5 Die Sanierung der Spekulationsverluste. Der Abbau der außer Kontrolle geratenen Landesschulden kann nur durch konkrete, tief greifende Reformen und Maßnahmen erreicht werden. Verpflichtend sollte die neue Landesregierung folgende Sanierungsvorschläge, neben den unter Punkt 1 bis 4 genannten

Strukturmaßnahmen zur finanziellen Stabilisierung, umsetzen:

5.1 Sofortige Beendigung aller spekulativen Finanzgeschäfte. Mit dem Geld der Steuerzahler ohne Risiko der handelnden Personen zu spekulieren ist nicht Aufgabe der Politik und hat keine gesetzliche Legitimation!

5.2 Haftungsanspruchnahme der Banken und Rückforderung der unverhältnismäßigen Gebühren.

5.3 Vereinbarung von Bestkreditkonditionen für bestehende Schulden. Es braucht keine teuren externen Berater.

5.4 Verkauf werthaltiger Landesbeteiligungen und sonstiger Vermögenswerte, z. B. Privatisierungserlöse aus Immobilienverkäufen, Verkauf von Anteilen der Salzburg AG, Verwendung aus dem Guthaben der Hypo-Privatisierung u. v. m. zur kurzfristigen Schuldenminderung und Budgetentlastung durch geringeren Zinsaufwand.

5.5 Einer Diskussion über die Verkleinerung des Landtages und der Landesregierung sollten demokratiepolitische Überlegungen, wie Direktwahl der Abgeordneten in den Bezirken und Forcieren des Mehrheitswahlrechts, auf dieser Ebene vorangehen. Ziel dieser Maßnahmen soll eine Stärkung der Kompetenz und der Kontrollmöglichkeit der politischen Organe des Landes sein.

5.6 Zumindest eine 30%-ige Kürzung aller Politikergehälter. Es ist dem Steuerzahler nicht mehr zuzumuten, für einen Finanzlandesrat ein Jahresgehalt von 190.000 Euro zu akzeptieren. Zum Vergleich: Der US-Finanzminister liegt mit seinen Bezügen unter diesem Betrag und musste aktuell eine fünfprozentige Kürzung akzeptieren! In Zukunft sollten die Bezüge nach Qualifikation und Aufgabengebiet unterschiedlich bestimmt werden. Bei Fehlverhalten müssen analoge gesetzliche Konsequenzen, wie sie für jeden Dienstnehmer, Manager und Unternehmer gelten, zur Anwendung kommen.

5.7 Kürzung aller Repräsentationsausgaben um 70%. Zur Illustration: In der Präsidialabteilung werden derzeit rund 100 Mitarbeiter/-innen, in der Finanzabteilung 28 Personen beschäftigt. Hebung der vorhandenen Einsparungspotenziale durch Verwaltungsvereinfachung und Konzentration auf die Kernaufgaben der Landespolitik. Abbau Verwaltungsdoppelgleisigkeiten zwischen Stadt und Land, z. B.: Baurecht, Subventionsvergabe und Kontrolle u. a. m.

5.8 Wir brauchen einen Bewusstseinswandel bei den jetzt und in Zukunft handelnden Politikern und Spitzenbeamten. Deren Verständnis und Qualifikation muss zum Ausdruck bringen, dass sie als Treuhänder und Verwalter der ihnen anvertrauten Steuer- und Finanzmittel dem Wohle aller Salzburger verpflichtet sind. Politiker und Beamte müssen sachgerecht und nicht parteiorientiert Entscheidungen treffen können.

Diesen Gastkommentar verfasste Dr. Peter Beisteiner. Er ist Wirtschaftstreuhänder und Steuerberater aus Salzburg

Unter [salzburg.com/buergerprogramm](http://salzburg.com/buergerprogramm) können Sie die 10 Punkte des Bürgerprogramms nachlesen

Schicken Sie uns Ihre Meinungen und Vorschläge unter [www.salzburg.com/buergerprogramm](http://www.salzburg.com/buergerprogramm) oder per E-Mail: [buergerprogramm@salzburg.com](mailto:buergerprogramm@salzburg.com)